

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 16

Artikel: Die technologische Lücke zwischen den Supermächten 8.
Marktwirtschaft und Planwirtschaft
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die technologische Lücke zwischen den Supermächten

Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Von Peter Sager

Es ist im Verlaufe dieser Artikelserie wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Sowjetunion gesamtwirtschaftlich immer eine zweitrangige Leistung erbringen werde und dass dieser Umstand wesentlich auf das Wirtschaftssystem zurückzuführen sei. Wir wollen heute etwas eingehender die Unterschiede zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft behandeln, zumal es Mode geworden ist, die Planwirtschaft trotz ihrem Versagen zu verherrlichen und die Marktwirtschaft trotz ihren Leistungen anzugreifen.

Wenn etwa in der Bundesrepublik von radikalen Studenten gefordert wird, an den Universitäten nur noch sozialistische — lies kommunistische — Nationalökonomie zu lehren, während etwa Fidel Castro den Bankrott seines sozialistischen Experimentes eingestehen muss, dann zeigt sich hier die tiefe Verwirrung allzu vieler Geister: eine erstaunliche Erscheinung, die den neuen und wichtigen Problemen unserer Zeit zuzuzählen ist.

Marktwirtschaft im Modell

Was uns hier im besonderen interessiert, ist die Art und Weise der Verbreitung neuer Technologien in der Wirtschaft.

In der Marktwirtschaft verbreiten sich neue Technologien durch einen raschen und fast biologisch anmutenden Prozess. Die hauptsächlichsten Träger dieses Vorganges sind die privaten Unternehmungen, die in der Konkurrenz bestehen und Gewinne erzielen müssen. Das sind, für den grössten Teil der Menschen, wichtigste Triebkräfte für ein dynamisches Verhalten im Dienste des Fortschrittes. Gewinn und Konkurrenz zwingen zum dauernden Aufspüren kostensparender Neuerungsmöglichkeiten, zur raschen Adaptierung solcher Neuerungen in andern Unternehmungen und Branchen und damit zur schnellen Verbreitung erprobter Fortschritte.

Gewinn und Konkurrenz sind in gleicher Weise starke Anreize zur Einführung neuer Produkte sowie zur Entwicklung von Nachahmungen und Konkurrenzprodukten.

Dieser fast unsichtbare Vorgang hat auch unweigerlich zur Folge, dass veraltete Technologien aufgegeben werden und dass überholte Produkte vom Markt verschwinden.

Die Regierungen, auch ohne selber Triebkräfte zu sein, sollten diese Vorgänge anregen und teils auch finanzieren, unter anderem durch eine adäquate Steuerpolitik. Sogar auf militärischem Gebiet, wo die Regierungen die einzigen Kunden sind, dient die Konkurrenz zwischen den gewinnstrebigen Lieferfirmen dazu, einen technologischen Fortschritt in die Militärtechnik zu bringen. Das hat in der Marktwirtschaft, wo der militärische vom zivilen Wirtschaftssektor nicht isoliert werden kann, zur Folge, dass Ableger der Militär- und Raumfahrtstechnologie im zivilen Sektor entstehen und früher oder später in Erscheinung treten.

Schliesslich erleichtern internationale Firmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen entstanden sind, durch ihre Investitionen in ausländischen Filialen die Verbreitung neuer Technologien und Methoden der Betriebsführung.

Natürlich legen sich diesem Prozess der Verbreitung neuer Technologien auch gewisse Hindernisse in den Weg. Um nur einige zu nennen: es gibt Monopole, Patente und Betriebsgeheimnisse einerseits; andererseits die Schwierigkeit, das erforderliche Kapital aufzubringen, was letztlich einen Konsumverzicht voraussetzt.

Mythos vom Monopol

Die Einschaltung einer Klammerbemerkung hier ist sachlich gerechtfertigt und politisch notwendig.

Der «Kampf gegen die Monopole», gegen den Monopolkapitalismus, ist von marxistisch-leninistischer Seite immer scharf geführt worden. Das Monopol, so argumentierte auch Lenin, erlaube die Erzielung eines überhöhten Gewinnes und entziehe dem Arbeiter seinen gerechten Lohn.

Es entbehrt nicht der Ironie, dass es dem Arbeiter im «Monopolkapitalismus» ungleich besser geht als in der Planwirtschaft. Einmal ist festzuhalten, dass Monopole in der Zeit erhöhter Geschwindigkeit des technischen Fortschrittes und unter den Verhältnissen der Konkurrenz jene Bedeutung verloren haben, die ihnen einmal zuzukommen drohte. Zum andern haben Monopolgewinne, soweit sie überhaupt nach dem marxistischen Modellbild bestanden haben, zur Kapitalbildung geführt, die Voraussetzung tiefgreifender technischer Neuerungen und damit des raschen Anstiegs des Lebensstandards gewesen ist. Ohne Gewinne kann sich die Wirtschaft in der Tat nicht weiterentwickeln. Und man täte gut daran, die Aversion gegen die Gewinne der Wirtschaft aufzugeben. Welche Folgen sich daraus ergeben können, sei an einem praktischen Beispiel illustriert.

Es ist unbestreitbar, dass die chemische Industrie grosse Gewinne erzielt. Das scheint hier zuweilen als besonders abstoßend, weil die Heilmittel dem kranken Menschen dienen sollen, an dem zu verdienen ungerecht sei. Daher wird in Indien geprüft, ob nicht der Patentschutz für Heilmittel auf vier Jahre herabgesetzt werden soll. Auf diese Weise würden das «Monopol» beschnitten, die Konkurrenz verschärft und die Preise gesenkt. Die Ueberlegung scheint einleuchtend, bleibt aber völlig an der Oberfläche stecken.

Die Entwicklung neuer Heilmittel ist mit ausserordentlich grossen Kosten verbunden. Sie ist so kapitalintensiv, dass nur Weltfirmen noch auf breiter Front mitmachen können. Diese Entwicklungskosten werden auf den Preis des Arzneimittels zugeschlagen, der deshalb höher ist als die reinen Material- und Produktionskosten. Ist das Arzneimittel lange genug im Verkauf, so werden die Entwicklungskosten wohl amortisiert, der Preis wird indessen nicht sofort angepasst. Der so entstehende Gewinn dient der Entwicklung neuer Medikamente.

Die Herabsetzung des Patentschutzes auf vier Jahre zum Beispiel hätte sicher eine Senkung der Preise der heute auf dem Markt vorhandenen Arzneimittel zur Folge. Aber keine Unternehmung könnte es sich mehr leisten, weiterhin Mittel für Forschung und Entwicklung auszugeben, weil nach vier Jahren neue Arzneimittel kopiert und annähernd zum reinen Kostenpreis angeboten werden könnten. Es würden die Nachahmer profitieren, und es würden die Erfinder bestraft. Die bisherigen Arzneimittel könnten zwar verbilligt werden, neue Arzneimittel jedoch müssten entweder ausbleiben, oder aber der Staat übernehme die Aufgabe, die chemisch-pharmazeutische Entwicklung zu finanzieren. Dann müsste er sich die Mittel auf dem Weg der Steuererhöhung beschaffen. Aber der Staat könnte dies nicht auf die gleiche wirtschaftliche Weise tun. Daher müsste im Endeffekt die Verbilligung der Arzneimittel mit erhöhten Steuerabgaben überkompensiert werden.

So zeigt sich, dass Monopolansätze, Patente und Betriebsgeheimnisse der Kapitalbildung dienen können und — soweit sie dies tun — volkswirtschaftlich völlig gerechtfertigt sind. Sie hemmen die Verbreitung technologischer Neuerungen nur während kurzer Zeit, fördern aber die Entwicklung neuer Technologien.

Planwirtschaft in der Praxis

In der zentral gelenkten Wirtschaft der UdSSR gibt es keine automatischen, den technologischen Fortschritt erzwingenden Mechanismen.

Gewinn und Konkurrenz wurden sofort abgeschafft. Aber damit führte man die Wirtschaft 1920 an den Rand des Ruins. Daher versuchte man dann, den Gewinn in der Form der «Prämien» und die Konkurrenz als «sozialistischen Wettbewerb» unter der Hand nutzbar zu machen. Aber diese Reizmittel sind weitgehend wirkungslos geblieben und müssen es bleiben, solange sie sich nicht nach einem Markt ausrichten können. Das wiederum ist nicht möglich, weil sonst der machtwirtschaftliche Aufbau leiden müsste und dem Staat die Grundlage für seine aggressive Politik entzogen würde.

Deshalb müssen neue Technologien und Produkte von der Bürokratie durch bewusste Anweisungen auf dem Dekretwege eingeführt werden; ebenso müssen veraltete Technologien und Produkte aus der Erzeugung genommen werden.

Das ist ein komplizierter Vorgang, der hier nur kurz skizziert werden kann. Im Rahmen der langfristigen Perspektivplanung (zirka 20 Jahre) und der mittelfristigen Planung (meistens 5 Jahre) werden konkrete Jahrespläne aufgestellt. Hierbei meldet jede Produktionsstätte den Aufwand an Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden und Kapital) sowie den Ertrag an Produkten an die nächsthöhere Stelle, wo die Angaben branchenmässig zusammengefasst werden. Die Staatliche Plankommission integriert alle diese Angaben im Planetenwurf, der den Staats- und Parteibehörden vorgelegt wird. Hier werden die aus umfassend politischen Ueberlegungen nötigen Abänderungen vorgenommen. Damit erhält der Volkswirtschaftsplan Gesetzeskraft. Er wird auf dem gleichen Weg zurückgeleitet und von jeder Stelle aufgeschlüsselt, bis er schliesslich bei der Produktionsstätte mit konkreten und bindenden Anweisungen ankommt.

Dieser Vorgang wäre kompliziert genug, wenn es nur darum ginge, bisherige Technologien und

Produkte weiterzuführen und die Zuwachsraten zu lenken. Wenn aber neue Technologien eingeführt und neue Produkte hergestellt werden sollen, dann wird der Plan zum Hemmschuh.

Die Neuerungen werden meist von Forschungs- und Planungsstellen ausgearbeitet, die den Ministerien und anderen Regierungsstellen unterstehen. Solche Neuerungen müssen an der Spitze vom Staatskomitee für Wissenschaft und Technologie sowie von der Staatlichen Planungskommission (Gosplan) und, darunter, von den zahlreichen Industrieministerien beschlossen und koordiniert werden.

Die Anweisung, dass ein Betrieb ein neues Produkt herstellen muss, löst Kettenreaktionen aus, die von der Planungsbehörde berücksichtigt werden müssen: vielleicht sind zusätzliche oder anders qualifizierte Arbeitskräfte nötig; vielleicht müssen neue Maschinen und Apparate angeschafft, neue Gebäude errichtet werden; sicher aber müssen die Produktionspläne anderer Unternehmen (Lieferanten, Verteilerorganisationen) abgestimmt werden.

Kurz: die Entwicklung und Verbreitung von Neuerungen in der UdSSR ist ein administrativer Vorgang, der von einer naturgemäss schwerfälligen Bürokratie in zentralisierter Weise durchgeführt wird. Deshalb sind Neuerungen in der Sowjetwirtschaft seltener und setzen sich wesentlich langsamer durch als im Westen. Das gilt in erster Linie für die Konsumwirtschaft und nicht für die Machtwirtschaft.

Masstab Planerfüllung

Die doch wohl unumgängliche Verbürokratisierung der Wirtschaftsverwaltung ist ein Grund für

die mangelnde Beweglichkeit und Rückständigkeit der sowjetischen Planwirtschaft.

Ein anderer, möglicherweise noch wichtigerer Grund ist im Umstand zu suchen, dass das Anreizsystem geradezu konterproduktiv ist: die unteren (Unternehmer) und mittleren (Fachministerien) Wirtschaftsträger widerstehen den Neuerungen und haben die Tendenz, in ausgetretenen Pfaden zu gehen.

Ein nach wie vor und trotz aller Reformen ausschlaggebender Masstab für den Erfolg der Unternehmung ist die Planerfüllung. Ungenügende Erfüllung bedeutete Prämienwegfall, Uebererfüllung bedeutete zusätzliche Prämien und Zuschüsse an das Verwaltungspersonal. In der Praxis spielten andere Betriebskriterien — wie etwa die Befolgung von Anweisungen zur Einführung neuer Technologien — eine untergeordnete Rolle.

Neuerungen sind mit Risiken verbunden. Die Produktion kann stillgelegt werden, sei es, dass die Arbeiter oder Maschinen versagen, sei es, dass Kinderkrankheiten auftauchen, sei es, dass Zulieferer ihre neuen Produktionspläne nicht einhalten können. Das gefährdete die Planerfüllung. Deshalb standen die Unternehmer und Betriebsleiter den Neuerungen zögernd gegenüber, zumal die erfolgreiche Einführung neuer Technologien von einer Erhöhung künftiger Plansoll begleitet ist. Die Fabrikleiter haben nach dieser fragwürdigen institutionellen Interessenlage nicht nur Widerstand geleistet gegen die Aufnahme von Neuerungen in die Betriebspläne, sondern oft genug auch die Ausführung neuer Plananweisungen sabotiert. Sie konnten die Schuld meist auf Versagen und Verzögerungen bei den benötigten

Materialien und Ausrüstungen schieben. Sie wurden in den Fachministerien gedeckt, weil deren Erfolg letztlich ebenfalls wesentlich durch die Planerfüllung bestimmt ist.

Sicher hat die Regierung längst erkannt, dass das institutionelle Anreizsystem den technischen Fortschritt hemmen musste. Man suchte dieser Schwierigkeit auf dem Dekretswege beizukommen: mit Dekreten hat man Massnahmen empfohlen, die die Einführung neuer Technologien beschleunigen sollten. Aber solche Dekrete sind den Fabrikleitern meist nur Ermahnungen, fromme Wünsche geblieben. Sonderprämien für Neuerer waren kaum erfolgreicher, weil sie selten objektiv errechnet werden und als dauernder Anreiz wirken können. Die Geschichte der sowjetischen Wirtschaftsreformen in den letzten 15 Jahren ist ein Versuch geblieben, mit unbehelflichen Mitteln zum Ziel zu gelangen. Der Nutzeffekt war äusserst gering.

Weitere systembedingte Nachteile sind bereits erwähnt worden, namentlich der Umstand, dass Machtwirtschaft (Militärsektor) und Konsumwirtschaft (Zivilsektor) weitgehend isoliert sind und dass Neuerungen in Forschungseinrichtungen ausgearbeitet werden, die wenig Verbindung zu den Industrieunternehmen haben. Die gesamtwirtschaftliche Planung hat zudem bewirkt, dass weder Material- noch Fabrikationsreserven vorhanden sind.

Diese systembedingten Mängel: das kontraproduktive Anreizsystem, die planwirtschaftlichen Engpässe, die Kluft zwischen Macht- und Konsumwirtschaft und die geringe Arbeitsproduktivität sind die Ursachen der Mängel, die in der

(Fortsetzung auf Seite 6)

THE RUSSIAN REVIEW

TWENTY-NINTH YEAR

America's Leading Quarterly on Russia
Past and Present

THE RUSSIAN REVIEW, for twenty-nine years a free forum for scholars and writers, provides a broad survey of the Russian scene, political, historical, economic, and cultural. Drawing on scholars, writers, and political leaders of prerevolutionary Russia, and on well-known American and European specialists, this publication is the only authoritative organ devoted entirely to Russia, past and present. THE RUSSIAN REVIEW contains a varied selection of articles of current interest and permanent reference value. In addition, it publishes book reviews by outstanding authorities in the field of Russian affairs.

Subscriptions: \$7.00 a year, U. S.; \$7.50 Canada; \$8.00, foreign; single issues, \$2.00

Cumulative Index (1941-1961), \$2.00

THE RUSSIAN REVIEW

THE HOOVER INSTITUTION
Stanford, California 94305

Zusammenhänge

Der nächste Krieg?

Heerführer pflegen ihre Operationspläne nicht zu veröffentlichen, und genauso wenig ist zu erwarten, dass Breschnew oder Mao Tse-tung die ihrigen veröffentlichen, falls sie sie haben. Dass sie sie haben, behauptet jeder der beiden vom andern.

In der letzten Zeit haben sowohl Moskau als auch Peking wiederholt die Anschuldigung erhoben, dass die andere Partei eine militaristische Psychose anheize und ihr Volk auf einen Krieg vorbereite. Harrison Salisbury konnte sich mit Erlaubnis des Kremls persönlich von Truppenmassierungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze überzeugen. Seine Eindrücke hat er in der sehr häufigen Schlussfolgerung zusammengefasst, fraglich sei nicht mehr der sowjetisch-chinesische Krieg selbst, sondern nur noch der Tag seines Ausbruchs. Ministerpräsident Tschu En-lai hat unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass China mit seinen mehr als 700 Millionen Menschen ein Volk von vielen hundert Millionen Soldaten sein werde, wenn der Feind seine Vermessensheit so weit treiben sollte, das Vaterland zu überfallen.

Unterdessen dürfte im Zeitalter der Beobachtungssatelliten kein ernstlicher Zweifel mehr daran bestehen, dass die Agenturmeldungen stimmen und der Aufmarsch beidseitig der 6670 Kilometer langen Grenze mit vollem Elan vorangetrieben wird.

Die Kräfte sind ungleichmässig verteilt. China (9,56 Millionen Quadratkilometer Fläche, geschätzte 780 Millionen Einwohner) zählt in Friedenszeiten drei Millionen Soldaten. Aber diese sind nicht adäquat bewaffnet, jedenfalls nicht für einen Angriffskrieg. Auf der andern Seite befindet sich unter sowjetischer Obhut das gesamte Potential der Warschauer-Pakt-Staaten (25 Millionen Quadratkilometer Fläche, 330 Millionen Einwohner). Die zu allen denkbaren militärischen Aktionen ausgerüsteten Truppen haben einen Friedensbestand von 4,5 Millionen Mann.

Die sowjetische Militärmacht ist auf Offensive vorbereitet. An die chinesische Grenze hat sie bereits 35—45 Divisionen disloziert, die innerhalb von Wochen verdoppelt werden können. Die chinesischen Gegenmassnahmen bezwecken offensichtlich den Ausbau eines in die Tiefe gestaffelten Verteidigungssystems. Die be-

reits mobilisierten 50—60 Divisionen sollen in seinem Rahmen dafür sorgen, dass ein angreifender Feind immer wieder vor Ueberraschungen gestellt wird.

*

In der internationalen Politik mehren sich die Anzeichen für sowjetische Bemühungen, sich für die kommende und offenbar als unausweichlich angesehene Auseinandersetzung mit China den Rücken freizumachen. Indizien weisen darauf hin, dass schon die blosse Möglichkeit eines Ausbruchs der Feindseligkeiten mit China die Aussenpolitik des Kremls wesentlich beeinflusst. Fünf solcher Hinweise seien hier herausgegriffen.

Zunächst kann das relativ milde Verhandlungsklima zwischen Scheel und Gromyko unter anderem jedenfalls im Zusammenhang mit der chinesischen Frage gesehen werden. Moskau darf es nicht darauf ankommen lassen, dass Westdeutschland vorerst seinen Frieden mit China sucht. Ueberhaupt gehört das Taktieren mit Bonn zum bisher erfolgreichen globalstrategischen Bestreben des Kremls, die Bildung einer Achse Peking—Washington—Tokio—Bonn zu verhindern.

Marktwirtschaft und Planwirtschaft

(Fortsetzung von Seite 5)

sowjetischen Presse zwar unermüdlich gerügt werden, aber deswegen wohl nicht leichter zu beheben sind.

Zum Beispiel benötigt man für den Bau neuer Fabriken in der Sowjetunion 5—7 Jahre gegen 1—3 Jahre im Westen. Akademiemitglied Trapesnikow, stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Wissenschaft und Technologie, hat in der «Prawda» (24. 7. 1969) einen Artikel veröffentlicht über die Kosten von Zeitverschwendung und Zeiteinsparung. Mit einem bewundernden Seitenblick stellt er fest, dass die Errichtung einer neuen Honda-Motorradfabrik insgesamt 9 Monate benötigte, dass vom Anfang der Planung bis zur Aufnahme der Produktion in einer Fabrik für synthetischen Kautschuk zwei Jahre vergingen: «In kapitalistischen Ländern wird die rasche Ausführung von Bestellungen zur wichtigsten Form der Konkurrenz. Liefertermine für Material werden in besonderen Fällen auf die Stunde genau eingehalten. Eine Unternehmung, die dazu nicht in der Lage ist, zahlt hohe Konventionalstrafen, verliert Kunden und wird bankrott. Die rasche Anwendung wissenschaftlicher und technischer Neuerungen erhält grösste Aufmerksamkeit.»

Trapesnikow deutet an, dass es in der Sowjetunion mit der Wirtschaftlichkeit generell schlecht bestellt ist: Kapital wird sterilisiert, die Transporte gehen zu lange, zwischen Planung und Serienproduktion verstreicht so viel Zeit, dass die Neuerung veraltet ist, wenn sie eingeführt wird.

Der technische Fortschritt wird übrigens durch das Fehlen von Marktpreisen entscheidend gehemmt. Die sowjetischen Preise sind zentral be-

stimmt, auf industrieweite Durchschnittskosten bezogen und daher starr. Sie geben keine zuverlässigen Richtlinien für Substitutionsmöglichkeiten. Abschreibungen wurden als ein Problem des Kapitalismus vernachlässigt; Kapitalkosten wurden willkürlich eingesetzt. Fabrikationseinrichtungen blieben länger im Gebrauch als im Westen, und gewisse Produkte hatten überlange Erzeugungsperioden.

Die durchschnittliche Abschreibungsfrist in der Sowjetwirtschaft liegt heute zwischen 15 und 20 Jahren, während die amerikanische bei etwa 10 Jahren liegt. Es ist indessen keine Seltenheit, dass man in der sowjetischen Konsumwirtschaft, namentlich in der Textilindustrie, Maschinen findet, deren Alter 50 Jahre überschreitet. Eine

halbe Million der im Gebrauch stehenden Drehbänke ist älter als 20 Jahre.

Die Verkürzung der Abschreibungsfristen ist gleichzeitig Voraussetzung und Folge rascher technologischer Entwicklung. Das Nachhinken der Sowjetwirtschaft bei der Erneuerung der Produktionsstätten ist ein weiterer Beweis für die technologische Lücke, die sie vom Westen trennt. Der Einsatz veralteter Fabrikationsanlagen—200 Walzstrassen in den Walzwerken sind beispielsweise noch nicht mechanisiert—bedeutet einen ertragsmälendernden Verschleiss. Dieser geht auf Kosten der gesamtwirtschaftlichen Leistung (die auch darum immer zweitrangig bleiben wird) und muss auf dem Rücken der Bevölkerung finanziert werden. ■

Der Buchtip

Vilmos von Zsolnay: «Das Schulwesen in der ungarischen Volksrepublik». Verlag Julius Beltz, Weinheim/Berlin 1968. 195 Seiten, Fr. 17.50.

Die letzte Arbeit des früh verstorbenen ungarischen Autors gibt ein zusammenhängendes Bild vom gesamten Schulsystem (Grundschulen und Mittelschulen) eines kommunistisch regierten Landes, weshalb sie grundlegende Bedeutung hat. Viele Tabellen geben Zahlen und Daten zur Entwicklung des Unterrichtswesens. Der wichtigste Teil des Buches ist aber vielleicht jener mit dem Stundenplan für die einzelnen Schultypen (Seiten 152—167).

Kurz untersucht werden die früheren Systeme vor 1945 und zwischen 1945 und 1961, doch gilt

die Hauptaufmerksamkeit dem gegenwärtigen Stand nach der Schulreform von 1961.

Berücksichtigt werden auch wichtige Themen, die man sonst kaum behandelt sieht: die Aufnahme in die Sekundarschulen, die Fachzirkel in Grundschulen und Gymnasien, Schülerheime und Schülerfürsorge sowie, etwas kurz, der Abend- und Fernunterricht für Erwachsene. Von besonderem Interesse sind die Schulen für sprachliche Minderheiten.

Die Arbeit stützt sich auf ein ausserordentlich breites Quellenmaterial (bei den Stundenplänen fehlen allerdings die Quellenhinweise) und wendet sich in erster Linie an politisch interessierte Leser mit pädagogischen Kenntnissen.

Das Buch ist als Band 11 der Dokumentationen zum in- und ausländischen Schulwesen erschienen, die das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung herausgibt.

Laszlo Revesz